

Stenographischer Bericht

über die

16. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 23. Juni 1921.

Inhalt:

Personalien:

Neuwahl des Landeshauptmannes und des ersten Landeshauptmann-Stellvertreters	438
Abwesenheitsanzeige des Abg. Fröhlich	437

Verhandlungen:

Dringlicher Antrag der Abgeordneten Riegler, Seehofer, Dr. Enge, Riemelmoser und Genossen, betreffend die Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom 31. Mai 1921 über die Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland am 3. Juli 1921.	
Begründung: Landesrat Prisching	438, 449
Redner: Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf	439
Abg. Schreckenthal	441
Landesrat Dr. Hübler	441, 449
Abg. Seehofer	443
Präsident Dr. Dantine	444
Landesrat Machold	446
Dringliche Behandlung und Annahme des Antrages	451

Beginn der Sitzung: 5 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: Die Abgeordneten Raimund Riemelmoser, Johann Leichin, Franz Wighany und Dr. Otto Dungen.

Präsident Kölbl: Hohes Haus! Ich eröffne die 16. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

Sein Fernbleiben hat entschuldigt der Herr Abgeordnete Fröhlich.

Herr Landeshauptmann Professor Dr. Anton Rintelen und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Jakob Alhrer haben mir mitgeteilt, daß sie ihre Regierungsmandate zurückgelegt haben. Ich habe so nach die erforderlichen Neuwahlen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Ferner ist mir zugekommen ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Riegler, Seehofer, Doktor Enge, Riemelmoser und Genossen, betreffend die Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom 31. Mai 1921 über die Volksabstimmung, betreffend den Anschluß an Deutschland am 3. Juli 1921.

Ich ersuche jene Herren, welche für die Dringlichkeit dieses Antrages sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Dringlichkeit ist mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen und ich stelle die Behandlung dieses Antrages als Punkt 2 auf die Tagesordnung.

Landesrat Dr. Hübler: Ich stelle den Antrag, daß die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung umgestellt werden und begründe im Namen meiner Partei dies mit folgendem:

Die Neuwahl des Landeshauptmannes hängt zusammen mit dem Antrage, der im Punkt 2 der Tagesordnung enthalten ist, und zwar ist sie mit diesem im ursächlichen Zusammenhange; denn wir wären nicht in der Lage zur Wahl des ersten Landeshauptmannes Stellung zu nehmen, wenn Punkt 2 der Tagesordnung nicht bereinigt ist.

Ich stelle daher im Namen meiner Partei den Antrag auf Umstellung der Tagesordnung und möchte den Punkt 2 an erster Stelle der heutigen Verhandlung gesetzt wissen.

Landesrat Prisching: Hoher Landtag! Wir sehen gar keinen Grund ein, warum eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen werden soll. Die Krise ist dadurch entstanden, daß die Funktionäre der Regierung ihre Stellen zurückgelegt haben. Es ist uns darum zu tun, daß diese Krise so bald als möglich beigelegt wird, und deshalb beantrage ich, daß es unbedingt bei der vorgeschlagenen Tagesordnung bleibt und wir als ersten Punkt die Wahl der beiden Landeshauptleute vornehmen.

Präsident Kölbl: Es ist der Vorschlag gemacht worden, daß Punkt 2 der Tagesordnung an erster Stelle behandelt werde. Ich ersuche diejenigen Abgeordneten, welche für die Annahme des Antrages Dr. Hübler sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte die Herren Schriftführer das Haus auszuzählen. (Geschieht.)

Schriftführer Riemelmoser: Ich zähle 25 Stimmen.

Präsident Kölbl: Ich bitte um die Gegenprobe.

Schriftführer Riemelmoser: Die Gegenprobe ergibt 28 Stimmen.

Präsident Kölbl: Für den Antrag des Dr. Hübler waren 25 Stimmen und bei der Gegenprobe haben sich 28 Stimmen ergeben; somit erscheint der Antrag des Herrn Dr. Hübler abgelehnt.

Ich schreibe nunmehr zu Punkt 1 der Tagesordnung. Nach § 51, Absatz 3 der Geschäftsordnung sind bei der

Wahl des Landeshauptmannes

die Abgeordneten zur Hinterlegung der Wahlzettel in die Urne namentlich aufzurufen und zu zählen, sofern der Landtag nicht anders beschließt.

Zum Worte hat sich gemeldet der Abgeordnete Doktor Enge.

Abgeordneter Dr. Enge: Hohes Haus! Die christlichsoziale Partei beansprucht nach wie vor die Stelle des Landeshauptmannes für sich. Unser Klub schlägt für die Wahl Professor Dr. Anton Rintelen vor.

Präsident Kölbl: Ich ersuche die Herren Schriftführer Riemelmoser und Leichn die Namen der Herren Abgeordneten zu verlesen und bitte die aufgerufenen Herren Abgeordneten ihre Stimmzettel in die Urne zu hinterlegen. (Die Mitglieder der großdeutschen Volkspartei verlassen den Saal. — über Namensaufruf des Schriftführers Riemelmoser hinterlegen die anwesenden Abgeordneten ihre Stimmzettel in die Urne. — Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme der Stimmgählung): Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben, darunter 19 leere, die ungültig sind, desgleichen wurde ein Stimmzettel mit dem bloßen Vermerk „Ja“ abgegeben, der ebenfalls als ungültig

erklärt werden muß. Die unbedingte Stimmenmehrheit beträgt daher 29. 36 Stimmzettel lauten auf den Namen Dr. Anton Rintelen (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.); dieser ist daher gewählt und ersuche ich nunmehr den Herrn Dr. Anton Rintelen unter Bezugnahme auf das von ihm als Abgeordneter geleistete Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landesrat Prisching: Herr Dr. Rintelen, verhindert im Hause zu erscheinen, hat mich ermächtigt, in seinem Namen, und die christlichsoziale Partei hat mich gleichfalls ermächtigt, zu erklären, daß Herr Dr. Anton Rintelen die Wahl annimmt. (Beifall und Handeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Präsident Kölbl: Die christlichsoziale Partei hat auch den ersten Landeshauptmann-Stellvertreter namhaft zu machen. Hiezu hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Enge. Ich erteile ihm dasselbe.

Abgeordneter Dr. Enge: Hohes Haus! Nach Feststellung des Hauptausschusses gebührt kraft des Stärkeverhältnisses der Parteien gemäß § 52 der Landesverfassung unserer Partei die Stelle des ersten Landeshauptmann-Stellvertreters. Die christlichsoziale Partei beantragt daher, den Herrn Abgeordneten Dr. Jakob Uhrer zum ersten Landeshauptmann-Stellvertreter zu wählen; zugleich beantrage ich, unter Umgehung von der schriftlichen Abstimmung die Wahl mündlich vorzunehmen.

Präsident Kölbl: Hat jemand gegen diese beiden Vorschläge, daß erstens die Wahl nicht schriftlich vorgenommen werde und zweitens, daß der Herr Abgeordnete Dr. Uhrer als erster Landeshauptmann-Stellvertreter nominiert werde, etwas einzuwenden? (Nach einer Pause.) Wenn das nicht der Fall ist, betrachte ich diese beiden gemachten Vorschläge als angenommen.

Wir gelangen nunmehr zu Punkt 2 der Tagesordnung, das ist der

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Riegler, Seehofer, Dr. Enge, Riemelmoser und Genossen, betreffend die Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom 31. Mai über die Volksabstimmung für den Anschluß an Deutschland am 3. Juli 1921

Zur Begründung dieses Antrages hat sich der Herr Landesrat Prisching zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Landesrat Prisching: Hoher Landtag! Laut unseres Parteiprogrammes stehen wir auf dem Standpunkte der Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich, weil wir überzeugt sind, daß dieses Gebilde, welches von den Ententemächten durch den Gewaltfrieden von

St. Germain ins Leben gerufen wurde, allein nicht lebensfähig ist. Die Lösung der Frage, in welcher Art und Weise dieser Anschluß erfolgen soll, ist nicht leicht. Es haben nun einige Länder Österreichs ihren Anschlußwillen durch eine Abstimmung im Lande bekundet. In der Nationalversammlung ist man auf dem Standpunkte gestanden, daß diese Abstimmung Sache der Nationalversammlung ist. Auch hier im Landtage ist am 7. April ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden, eine Volksbefragung darüber durchzuführen, ob dieser Anschluß vorzunehmen sei. Auch wir Christlichsoziale haben alle für die Abstimmung votiert und sind dabei ausgegangen von der Voraussetzung, daß diese Abstimmung uns und dem Lande in keiner Weise einen Schaden bringen kann. Wir sind damals schon von verschiedenen Seiten aufmerksam gemacht worden, daß die Abstimmung trotzdem verschiedene Gefahren mit sich bringen könnte; aber wiederholt eingezogene genaue Erkundigungen haben uns damals zur Auffassung gebracht, daß die Gefahr doch nicht vorhanden sei. Wir wollten nur von autoritativer Seite erklärt wissen, ob die Abstimmung für das Land einen Schaden bedeutet oder nicht. Eine solche autoritative Erklärung ist nun erfolgt; es ist uns ein glücklicher Zufall zu Hilfe gekommen. Der italienische Gesandte (Gelächter.) hat uns die Mitteilung zukommen lassen (Lebhafter Widerspruch.), daß die Abstimmung am 3. Juli und unsere Kreditgewährung miteinander nicht vereinbar sind und daß, wenn die Abstimmung am 3. Juli stattfindet, dann seitens der italienischen Regierung auf die Aufhebung der Pfandrechte nicht eingegangen und der Kredit von Italien nicht bewilligt werden würde. Wir haben dann durch vertrauenswürdige Personen neuerlich anfragen lassen, ob diese Erklärung aufrecht erhalten wird. Der italienische Gesandte, der einen Tag vorher von Rom gekommen ist, hat diese Erklärung vollinhaltlich aufrecht erhalten, und nun haben wir uns gesagt: unter diesen Umständen würde, obwohl wir unseren Standpunkt wahren und für den Anschluß an das Deutsche Reich sind, die Abstimmung am 3. Juli für das Land eine Gefahr bedeuten, insbesondere in der Frage der Gewährung der Kredite. Aus faktischen Gründen wollen wir daher die Abstimmung am 3. Juli nicht vornehmen, sondern wollen sie verschieben auf einen späteren Termin und in diesem Sinne ist nun seitens unseres Klubs der Antrag auf Reassumierung des Landtagsbeschlusses vom 31. Mai gestellt worden. Damit ist die Stellung unserer Partei kurz begründet.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongrafz**: Hohes Haus! Die sozialdemokratische Partei hat in der An-

schlußfrage immer eine klare und unzweideutige Stellung eingenommen. Allerdings wären wir keine begeisterten Anhänger für den Anschluß an ein monarchistisches Deutschland oder an ein Deutschland des Wilhelm, sondern wir sind begeisterte Anhänger für den Anschluß an eine freie deutsche Republik. Hohes Haus! Wir sind für den Anschluß eingetreten schon zu einer Zeit, wo das Eintreten für den Anschluß noch mit gewissen Gefahren verbunden war. Wir sind eingetreten für den Anschluß in der Zeit des Zusammenbruches im Jahre 1918, und zwar sind wir damals deshalb dafür eingetreten, weil zur selben Zeit noch kein hindernder Friedensvertrag vorgelegen ist und wir die Entente vor eine vollzogene Tatsache stellen wollten. Damals haben die bürgerlichen Parteien keine Begeisterung für den Anschluß an den Tag gelegt. Damals haben sie noch Bedenken geäußert, daß der Anschluß an Deutschland unter Umständen große wirtschaftliche Nachteile bringen könne. Damals ist man auf dem Standpunkte gestanden, daß der Anschluß an Deutschland uns verurteilen würde, einen harten Friedensvertrag zu bekommen. Wir Sozialdemokraten sind dessenungeachtet damals für den Anschluß eingetreten, weil der Anschluß an Deutschland für uns nicht allein eine wirtschaftliche Frage, sondern auch eine Herzenssache ist. Wir wollen, daß das deutsche Volk frei und unbeeinflusst seinen Willen kundgeben kann für den Anschluß an Deutschland. Nun, hohes Haus, den Anschluß durchzuführen ist nicht bloß Sache einer einzelnen Partei, sondern den Anschluß wirksam durchzuführen ist Sache des ganzen deutschösterreichischen Volkes. Es ist auch nicht Sache eines Landes, den Anschluß durchzuführen, sondern es ist Sache des ganzen Bundes, für den Anschluß an Deutschland zu sorgen. Darum haben wir auch immer den Standpunkt vertreten, daß wir wirksam den Anschluß an Deutschland nur dann durchführen können, wenn alle mit Überzeugung für den Anschluß eintreten. Eine länderweise Abstimmung ist eine Scheinabstimmung, die nach außenhin niemals jene Wirkung ausüben wird, als wenn das ganze österreichische Volk seinen Willen kundgibt, sich an Deutschland anzuschließen. Aber wenn die bürgerlichen Parteien entgegen unserer Abmahnung für eine länderweise Abstimmung eingetreten sind und auch der steiermärkische Landtag den Beschluß gefaßt hat, am 3. Juli darüber abzustimmen, ohne die Regierung aufzufordern, es sei beim Völkerbunde der Anschluß zu verlangen, so waren wir der Ansicht, daß die bürgerlichen Parteien auch die Gewähr dafür hätten, daß am 3. Juli wirklich abgestimmt wird. Diese Gewähr für

eine Abstimmung am 3. Juli war aber für jeden, der halbwegs mit Politik vertraut ist, nicht gegeben. Die ganze Aktion für die Abstimmung hat in eine würdlose Komödie ausgeartet. Der Anschlußbewegung ist durch dieses Vorgehen ein unberechenbarer Schaden zugefügt worden. Die christlichsoziale Partei, die in der Anschlußpolitik gewiß immer zweideutig und hinterhältig war (Oho-Rufe bei den Christlichsozialen), hat die Abstimmung hintertrieben. Noch niemals ist die Politik einer Partei so schmähtlich zusammengebrochen wie diesmal die Politik der christlichsozialen Partei. Die eigene Regierung haben sie gestürzt und heute müssen sie, um aus dem Sumpfe herauszukommen, selbst den Antrag stellen, daß die Volksabstimmung am 3. Juli nicht stattfindet. Heute müssen wir uns wirklich fragen, ob von allem Anfang an der Wille der Christlichsozialen, am 3. Juli abzustimmen, überhaupt ein ernstes gewesen ist? Ich glaube nicht an den Ernst, denn von Anfang an waren die Christlichsozialen eifrig bemüht, Gründe zusammenzutragen, wonach die Abstimmung am 3. Juli nicht stattfinden soll. Ja selbst ihr eigener Bundeskanzler, den sie gewählt haben, ist nach Graz gekommen und hat uns eine ganze Menge von Gegengründen hier vorgeführt: die Entente, die große und die kleine, läßt eine Anschlußpropaganda nicht zu, und er hat gesagt, Deutschland will jetzt selbst nicht die Anschlußbewegung, insbesondere nicht eine länderweise, die Hilfsaktionen werden scheitern, wir bekommen keine Kredite, Westungarn werden wir verlieren, England ist ein Gegner des Anschlusses, damit ihm der Weg nach Osten nicht versperrt werde, Jugoslawien wird Kärnten und die Südsteiermark besetzen, wenn abgestimmt wird, dann wird natürlich auch Italien einschreiten und wird ebenfalls besetzen, Rumänien kann den Anschluß nicht dulden, die Tschecho-Slowakei ebenso wenig und Polen ist selbstverständlich gegen den Anschluß; und als schwerstes Geschütz kam die Drohung, wenn in Steiermark der Beschluß zustandekommt, dann wird die Regierung Mayr demissionieren. Das ist geschehen. Hohes Haus! In letzter Stunde ist den Herren noch ein „glücklicher Zufall“ zu Hilfe gekommen. Der italienische Gesandte hat den fünf Herren aus der Steiermark auf einmal den Kopf zurechtgesetzt und hat gesagt, in Rom ist es genau bekannt, wie schlecht der steiermärkische Landtag ist und, wenn er seine Schlechtigkeit beibehält, dann gibt es keine Auflösung der Pfandrechte, dann gibt es auch keine Kredite. Das war so durchschlagend, daß die Herren zu der Überzeugung gekommen sind, hier läßt sich nichts machen, hier müssen wir umkehren und schauen, daß wir aus dem Sumpfe herauskommen.

Für jeden Politiker war es von Anfang an klar, daß die Abstimmung in Steiermark nicht stattfinden wird. Stellen Sie sich nur folgendes vor: Es ist doch in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß im christlichsozialen Klub eine große Mehrheit vor der Abstimmung, vor dem Beschluß des Landtages bestanden hat, die gegen die Abstimmung war, und nur ein großer Druck von Seite des Landeshauptmannes und seines Stellvertreters — sie haben mit der Demissionierung gedroht — hat bewirkt, daß doch eine Mehrheit für den Antrag zustandegekommen ist. Hohes Haus! Ist jemand hier, der glaubt, daß, wenn in einer Partei ein anderer Beschluß, als wie er zuerst beschlossen wurde, zustandekommt, daß unter solchen Umständen eine Abstimmung durchzuführen ist? Das ist ganz ausgeschlossen. Wenn die Herren Dr. Rintelen und Dr. Ahner ihre Stellen wirklich zurückgelegt hätten, hätten wir uns hier eine große Blamage erspart. Es wäre vielleicht nicht zu diesem Beschlusse gekommen und die Sache wäre anders ausgefallen.

Gerade hier bei diesem Punkte muß ich sagen, daß die großdeutsche Partei nicht rechtzeitig erkannt hat, daß ein Pakt, der auf christlichsozialem Sand gebaut ist, ganz wertlos ist. Sie haben sich nun einmal in den Gedanken hineinversetzt, es muß abgestimmt werden in Steiermark, wenn wir abstimmen, dann ist alles wieder gut, dann wird die Sache schon gehen. Sie wollten sich an die Spitze der Anschlußbewegung stellen und voranzumarschieren und sind dadurch heute mitbeteiligt und mitschuldig an der beschämenden Niederlage, die der Anschlußgedanke durch das Verhalten des steiermärkischen Landtages erlitten hat. Die heutige Beratung im Landtage ist ein warnendes Beispiel dafür, wohin politische Unaufrichtigkeit führen muß. Sie ist ein leuchtendes und gutes Beispiel dafür, daß auch in der Politik Aufrichtigkeit am längsten währt, und Aufrichtigkeit auch zum Ziele führt. Eine moralische Niederlage und wirtschaftliche Schäden sind das Ergebnis der Aktion der bürgerlichen Parteien. Die Arbeiterschaft lebt der festen Überzeugung, daß der Anschluß kommen muß, aber diesen Anschluß können wir nicht durch eine Scheinabstimmung bewirken, sondern er kann nur durch das energische Wollen des ganzen Volkes herbeigeführt werden. Darum sind wir nicht für die länderweise Abstimmung und sind dafür, daß der ganze Bund, das ganze deutsche Volk in Österreich aufgerufen wird zur Abstimmung.

Darum müssen wir es denjenigen überlassen, den Beschluß im steiermärkischen Landtage wieder aufzuheben, die ihn auch gefaßt haben. Die Arbeiterschaft will kein Spiel mit solchen ernststen Fragen, sie wird,

wenn die Zeit gekommen ist, ihren Willen zum Ausdruck bringen, indem sie sich an die deutsche Republik, an das große deutsche Volk anschließen wird. Der Arbeiterschaft ist es Herzenssache zum deutschen Volke zu kommen, wohin es gehört. (Beifall.)

Abgeordneter **Schreckenthall**: Hohes Haus! Ich bin namens meiner Partei beauftragt, eine Erklärung abzugeben zu dem Antrage, den wir seitens des Vertreters der christlichen Partei gehört haben. Bevor ich auf die Erklärung selbst eingehe, kann ich es nicht unterlassen, auf die Ausführungen des Herrn Vorredners, Landesrates **Prisching**, einzugehen, und möchte dazu bemerken, daß die Heranziehung des italienischen Gesandten **Torekka** recht unglücklich war, denn wir haben die volle Überzeugung, daß die Äußerungen des Gesandten **Torekka** nicht ganz unbeeinflusst waren, und wir haben die Überzeugung, daß man auf den Gesandten **Torekka** einwirkte, damit er eine derartige pessimistische Erklärung abgab, damit in der christlichsozialen Partei Einkehr gehalten und damit die Möglichkeit geschaffen werde, den Abstimmungsbeschluß zu beseitigen. Was die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters **Pongraz** anbelangt, so werde ich mich mit denselben nur insoweit befassen, als er erwähnte, daß es eine Zeit gab, wo die bürgerlichen Parteien für den Anschluß nicht eingetreten sind, wohl aber die sozialdemokratische Partei ihr nationales Herz entdeckt hat und für den Anschluß eingetreten ist. (Rufe bei den Großdeutschen: „Wir haben es schon gehabt, nicht erst entdeckt!“) Ich sage absichtlich, daß die Sozialdemokraten ihr nationales Herz entdeckt haben; denn Herr Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz** hat auch gesagt, es ist Herzenssache der sozialdemokratischen Partei, den Anschluß herbeizuführen. Ich mache aufmerksam, daß wir in den vergangenen Jahren bei der sozialdemokratischen Partei nie gesehen haben, daß sie ein Herz entdeckt habe für den Deutschen Schulverein, für die Südmärk und andere nationale Vereine. (Lebhafter Beifall. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Abgeordneter **Leichin**: „Das ist nicht das Deutsche Reich!“) Sie wissen ganz genau, daß der deutsche Schulverein ein Schutzverein ist, und haben ihn doch bekämpft und Sie wissen auch, daß der Südmärkverein ein Schutzverein ist und haben denselben doch bekämpft. (Abgeordneter **Muchitsch**: „Wir haben nur die Macher bekämpft!“) Aus dem haben wir gesehen, daß es Ihnen mit Ihrem nationalen Empfinden nicht ernst ist, und Sie bezeichnen sich ja auch als internationale Partei. Wir Deutschnationalen sind jederzeit für den Anschluß an Deutschland eingetreten, schon bevor

es zum Zusammenbruch gekommen ist, und werden auch immer für den Anschluß ans Deutsche Reich eintreten, weil wir darin die einzige Rettung sehen. (Abgeordneter **Leichin**: „Was war mit Wutke?“) Sie können sich dann zum Worte melden, Herr **Leichin**. Ich gehe nunmehr zur Erklärung über, die ich abzugeben habe (liest):

„In der Sitzung des Landtages vom 31. Mai haben wir durch unseren Sprecher, Herrn Landesrat **Winkler**, in ganz unzweideutiger Weise unsere Stellung in der Anschlußfrage bekanntgegeben und haben erklärt, daß wir als nationale Partei nicht nur für die Abstimmung am 3. Juli eintreten werden, sondern auch alles aufbieten wollen, um die Abstimmung selbst zu einer machtvollen Kundgebung des deutschen Volkes in Steiermark zu gestalten. Der steirische Bauernbund hat auch bereits eine außerordentlich rege Propagandätätigkeit entfaltet und damit schon bewiesen, daß er alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte in den Dienst der großen Sache zu stellen gewillt ist. Der Anschluß an das große deutsche Reich ist uns Herzenssache; darum treten wir für alle Maßnahmen ein, welche uns geeignet erscheinen, das deutsche Volk in Österreich diesem Ziele näher zu bringen. In der Abstimmung haben wir vorläufig das erste Mittel, vor aller Welt laut und deutlich den Willen des deutschen Volkes der Steiermark zu verkünden und darum ist unsere Partei auch geschlossen für den Antrag auf Abstimmung am 3. Juli eingetreten.“

Aus den Ereignissen der letzten Tage können wir die Notwendigkeit zu einer Änderung unserer Stellungnahme nicht ersehen und aus diesem Grunde wird unsere Partei gegen die Reassumierung stimmen.“ (Lebhafter Beifall seitens der Bauernbündler und der großdeutschen Partei. — Unruhe auf der Galerie.)

Präsident **Kölbl**: Ich ersuche die Galerie, sich jedweder Beifalls- und Mißfallskundgebung zu enthalten, widrigenfalls ich die Galerie räumen lassen werde.

Landesrat **Dr. Häbler**: Hohes Haus! Als der steiermärkische Landtag das erstemal den einstimmigen Beschluß faßte, eine Volksabstimmung über den Anschluß in Steiermark durchzuführen, glaubten wohl alle Parteien, welche diesem Beschluß ihre Stimmen gaben, die Anschlußfrage ein gutes Stück nach vorwärts zu tragen, denn sonst wären sie für diesen Antrag damals nicht eingetreten. Aber inzwischen ist etwas sehr überraschendes geschehen. Von der ersten zur zweiten Sitzung sind die Sozialdemokraten umgefallen, und von der zweiten zur dritten Sitzung, nach einem kontinuierlichen Schwanken, auch die Christlichsozialen, und heute stehen wir vor der beschämenden Tatsache, daß nach

einer langen Zeit, in der unsere Bevölkerung in einer der brennendsten nationalen Fragen dauernd in Unruhe gehalten wurde, der Landtag diesen Beschluß — und ich kann nur sagen — mit Schimpf und Schande zurückzieht.

Hohes Haus! Wir Großdeutsche sind für die länderweise Abstimmung eingetreten, weil sie uns ein Ersatz für die bundesweise Abstimmung sein sollte, für die wir gekämpft, die wir aber bisher nicht erreicht haben. Wir wollen, daß der ganze Bund, ganz Deutschösterreich geschlossen in das deutsche Mutterland hinüberfinde. Wir brauchen aber diese Sonderabstimmung Steiermarks, weil Tirol und Salzburg uns vorausgegangen waren, denn es ist ja einleuchtend, daß man im Ausland daraus argumentiert: nur Tirol und Salzburg, welche ja Grenzländer sind und wirtschaftlich stark nach Deutschland gravitieren, betreiben eine deutsche Anschlußpolitik, während die übrigen Bundesländer, welche nicht deutsche Grenzländer sind, durch ihr Stillschweigen kundtun, daß sie donaubundwärts orientiert sind. Wir brauchen also auch die steirische Volksabstimmung als ein Erziehungsmittel, wie es die Salzburger und Tiroler Abstimmung ist, weil wir der Überzeugung sind, daß uns der Anschluß nicht wie eine reife Frucht in den Schoß fällt, daß wir uns auch nicht einmal wie Gelegenheitsdiebe nach Deutschland hinüberschleichen können, ohne etwas zu wagen, sondern daß wir die geistigen Voraussetzungen dafür schaffen müssen, damit der Anschluß an Deutschland auch dann zur Tat wird, wenn selbst von der ganzen Welt dagegen Sturm gelaufen wird. Aus diesen Erwägungen kamen wir zur damaligen Entschliebung über die steirische Volksabstimmung, welcher die anderen Parteien zugestimmt haben. Wir hatten bezüglich des Erfolges der steirischen Abstimmung nicht bloß auf Sand gebaut, denn nach parlamentarischer Auffassung ist ja die Vertragsfähigkeit einer großen Partei schließlich ein Faktor, mit dem man rechnen zu können glaubt. In dieser Auffassung sind wir allerdings eines besseren belehrt worden. Es steht heute fest, daß die christlichsoziale Partei kein vertragsfähiger Faktor ist, mit dem man ernste Schritte von politischer Tragweite unternehmen kann. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Der zweite Faktor, den wir in Betracht zogen, war das Verhalten der sozialdemokratischen Partei und auch da haben wir eine schwere Enttäuschung erlebt. Wir faßten deren Erklärung bei der zweiten Abstimmung loyalerweise dahin auf, daß die sozialdemokratische Partei aus Gründen des Parteizwanges von Wien aus, zwar formell Gewehr bei Fuß stehen, aber alles unterlassen werde, was den Anschluß und den Ab-

stimmungswillen Steiermarks, gegen den die karlistische Presse ja Sturm lief, schwächen könnte. Da müssen wir nun mit Bedauern und Enttäuschung feststellen, daß der „Arbeiterwille“ der karlistischen Presse in unverantwortlicher Weise Schützenhilfe geleistet hat. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Sie wissen selbst, daß diese Ausflucht gegen Ihre Überzeugung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es könnte vielleicht theoretisch eine zeitlang die Meinung bestehen, daß Anschlußabstimmung und Anschlußwille nicht das gleiche ist, und eine theoretische Erwägung war berechtigt, ob die Abstimmungen der erste und beste Schritt zum Anschluß sind. Aber in dem Augenblick, meine Herren, als die ganze Macht der legitimistischen Presse gegen die Volksabstimmung in Steiermark Sturm lief, als der ganze diplomatische Apparat des Hauses Habsburg im Dienste des Bundeskanzlers Dr. Mayer gegen die steiermärkische Abstimmung wirkte, war es jedem klar, daß Anschlußabstimmung und Anschluß ein und dasselbe sind, und daß ein ungeheurer Apparat eingesetzt hatte, um nicht nur die Abstimmung, sondern den Anschlußwillen unseres Volkes überhaupt zu zermürben und zu brechen. Und, wenn bei der bauerlichen Bevölkerung im Lande agitiert wird, „wir wollen nicht hinauskommen zu den Protestanten“, ist das gegen die Abstimmung oder gegen den Anschluß gerichtet? In dem Augenblick, wo wir das erkannt haben — und es hat ja auch in den Reihen der christlichsozialen Partei an Stimmen nicht gefehlt, die erklärt haben, es handelt sich in Steiermark nicht um die Abstimmung, sondern um den Anschluß —, in diesem Augenblick hätten wir alle geeinigt sein müssen, den Anschlußwillen durch die Abstimmung kundzutun, und nicht der legitimistischen Presse Grund zu geben, das Unterbleiben der Volksabstimmung als einen Erfolg gegen den Anschluß, als einen Ausdruck der Abneigung gegen diese auszuführen zu können. Und um das zu verhüten, haben wir Großdeutsche uns mit aller Kraft angestrengt, die Christlichsozialen bei der Abstimmung festzuhalten und die sozialdemokratische Partei, deren schwankende Haltung uns nicht zweifelhaft war, gegen den starken Druck zu stützen, der auf diese Partei von Wien ausgeübt wurde.

Hohes Haus! Was hat man nicht gegen die Abstimmungsaktion für ein Trommelfeuer von Gegenmaßnahmen losgelassen? Welche Schreckgespenste hat man nicht dem armen, gequälten, ausgehungerten Volke erscheinen lassen? Was an Unheil ist nicht alles an die Wand gemalt worden? Entziehung der Kredite, Einmarsch der Jugoslawen, Entzug von Westungarn

und was sonst noch alles! Wir haben aber gesehen, daß dies alles ein frivoles Gaukelspiel war, um den Anschlußwillen zu brechen. Und zum Schluß, die Komödie mit dem italienischen Gesandten Torekka! Dieser war, kaum vom Urlaub zurückkehrend, vom Bahnhof gekommen, so wurde er von irgend einem Herrn Jhig Kohn interviewt, „ob eine pargermanistische Anschlußbewegung in Steiermark Österreich nicht schaden könne“, und dieser hat dann den Inhalt der Unterredung dem Abendblatt der „Neuen freien Presse“ angeboten; diese hat jedoch Lunte gerochen, daß das Interview von den Anschlußgegnern bestellt sei, und hat die Veröffentlichung abgelehnt. Dann erschien dieser Interview in einem Revolverblatt, dessen Zusammenhang mit Ententegeßeln ganz offen zutage tritt. Und diese Veröffentlichung des Interviews genügte als Fußangel für die Anschlußabordnung der steirischen Christlichsozialen in Wien, um sie und die Anschlußabstimmung zu Falle zu bringen. So wurde gegen die steirische Volksabstimmung gearbeitet. Alle diese niedrigen Mittel wurden von der Wiener Ententezentrale gegen den Anschlußwillen der steirischen Parteien angewendet, und nun möchte ich Sie noch einmal fragen, handelt es sich hier um den Kampf gegen die Abstimmung oder um den Kampf gegen den Anschluß? (Rufe: „Sehr richtig!“) Wir stehen heute vor der Tatsache, daß der Anschlußgedanke eine schwere Niederlage erlitten hat, aber auch vor der Tatsache, daß unser Mut ungebrochen ist. Dieser Kampf um die steirische Volksabstimmung hat gezeigt, daß die dereinstige Anschlußtat starke Widersacher haben wird und daß wir den Anschluß nicht ohne Kampf bekommen werden. Es werden vielleicht aber dereinst alle jene, die heute nicht den Mut haben, mit den Großdeutschen und den Bauernbündlern in der Volksabstimmung zu gehen, sich an die Brust klopfen und sagen, wir haben mitgeholfen, den Anschlußwillen ein gutes Stück zurückzudrängen. Wir werden den Anschluß nur gemeinsam erreichen, er muß zwar kommen, wie die Auswirkung eines Naturgesetzes, aber nicht ohne Kampf. Diesem Kampf ist der steirische Landtag ausgewichen und das ist eine Schande. Wir Großdeutsche sind mit den ernstesten Absichten und mit dem besten Willen in die Bewegung eingetreten und daß unsere Parteigenossen ganze Arbeit geleistet haben, das kann niemand leugnen. Sie hätten diese aber nicht so geleistet, wenn sie nicht die Hoffnung gehabt hätten, die Anschlußabstimmung glücklich durchzubringen. Unsere Haltung in der heutigen Abstimmung ist ganz klar. Wir wissen, wir werden an Deutschland kommen, wir müssen an Deutschland

kommen, und wir werden nach wie vor alles tun, dieses gerade Ziel unentwegt zu verfolgen. Wir fühlen den heutigen Antrag als einen Streich, der gegen den Anschluß gerichtet ist, und wir werden infolgedessen gegen den Antrag stimmen. (Beifall bei den Großdeutschen und Bauernbündlern.)

Abgeordneter Seeshofer: Hohes Haus! Die Frage des Anschlusses ist für die große Mehrheit unserer Bevölkerung heute eine heilige Frage geworden. Es wäre für diese Bevölkerung besser gewesen, wenn man nie daran gegangen wäre, aus der Haut unserer Bevölkerung Riemen für eine Wahlpeitsche zu schneiden. Es ist festgestellt, daß das hohe Haus einstimmig für den Anschluß an Deutschland gestimmt hat; die aber dafür gestimmt haben, müssen sich klar gewesen sein über die Tragweite dieser Abstimmung, daß sie als Männer damit auch kundgaben, diesen Weg nach Deutschland auch ehrlich gehen zu wollen. Inzwischen aber hat sich in der Haltung der Bevölkerung einiges geändert. Die Bevölkerung hat die Abstimmung, die im gegenwärtigen Zeitpunkte hätte vorgenommen werden sollen, nicht verstanden; derjenige, der hinausgeht und am Herzen der Bevölkerung horcht, weiß, daß man durch eine Abstimmung nichts anderes erfahren wird, als daß vier Fünftel der steirischen Bevölkerung, wenn sie im richtigen Momente gefragt wird, für den Anschluß an Deutschland stimmen werden. Das wissen wir auch ohne Abstimmung und das hat sich die Bevölkerung draußen ebenfalls gesagt und, wenn Sie hinausgegangen sind, so haben Sie gehört: „Wir sind Anhänger des Anschlusses an Deutschland, nur verstehen wir nicht den gegenwärtigen Moment.“ Nun wird gegen uns der Vorwurf erhoben, wir hätten eine hinterhältige Politik betrieben, zuerst hätten wir dafür gestimmt und nun sähen wir uns veranlaßt, gegen die Abstimmung zu stimmen. Es ist trotz der Erklärung des Herrn Landesrates Dr. Hübler Anschluß und Abstimmung über den Anschluß an Deutschland nicht dasselbe. Wir haben damals, wie wir einstimmig für den Anschluß gestimmt haben — es ist doch kein Geheimnis, daß in den meisten größeren Parteien ein Klubzwang besteht — im hohen Hause eine geschlossene Abstimmung gehabt. Bei uns gibt es eines und das wahren wir, das ist die Klubdisziplin und dieser Klubdisziplin haben wir uns zu fügen gewußt. Die Herren wissen, welche Anstrengungen gemacht wurden, um die christlichsoziale Partei zu diesem Beschlusse zu drängen und wie ernsthaft schon damals die Bedenken waren, die diesem Beschlusse entgegenstanden. Daher kann man der christlichsozialen Partei keinen Vorwurf machen und wenn Sie nun von mangelnder Vertragstreue sprechen, dann

überlassen wir die Entscheidung einer Probe in der Zukunft. Wir werden dann sehen, ob andere Parteien einen solchen Mut zur Vertragstreue aufbringen, wie ihn im gegebenen Falle die Führer der christlichsozialen Partei bewiesen haben. Unsere jetzige Handlungsweise aber wurde sofort aus dem Gesichtswinkel von Geistessehern betrachtet. Die legitimistische Presse habe gebot, infolgedessen sei unser Wille wankend geworden und wir seien heute gegen eine Abstimmung. Meine geehrten Herren! Lassen Sie sich dadurch nicht schrecken. Die legitimistische Presse mag ja sonst einen starken Einfluß haben, bei uns im Landtagsklub aber gewiß nicht. (Zwischenruf: „Was ist mit der Reichspost?“) Die Reichspost — es mag der eine oder der andere Redakteur in ihr seine private Meinung zum Ausdrucke bringen — die Reichspost ist nicht mit jedem Artikel, den sie unter den Tagesneuigkeiten oder irgendwo rückwärts bringt, das maßgebende Organ der christlichsozialen Partei und schon gar nicht der steirischen christlichsozialen Partei. Es ist schon seinerzeit festgestellt worden, daß wir für den unbedingten Anschluß an Deutschland eintreten, und daß wir diesen Weg ebenso zielbewußt wie die anderen Herren gehen werden. Nur ist das für uns keine amerikanische Tombola mit Meistgebot: „deutsch, deutscher, am deutschesten“, sondern für uns ist diese Frage eine ernste und eine Frage von allgemeinem Interesse und an diesem Ernste und diesem Interesse haben wir es nicht fehlen lassen. Wir hätten den italienischen Botschafter gar nicht gebraucht, um zu unserem Entschlusse zu kommen. (Gelächter bei den anderen Parteien des Hauses.) Es freut mich, daß sich die Herren darüber so unterhalten, aber die Sache steht fest, daß die Bedenken, die durch die deutschwestungarische Abordnung und durch die Kärntner Abordnung vorgebracht worden sind, auch schon früher in der christlichsozialen Partei selbst vorgebracht wurden. Auf der einen Seite — und das ist auch die Begründung des heutigen Antrages — haben wir die Gefahren, die uns durch die Anschlußabstimmung drohen und auf der anderen Seite nach keiner Richtung praktischen Erfolg. Wie weit auch interne Vorgänge in unserer Partei eine Rolle gespielt haben, darüber will ich mit Ihnen nicht streiten. Das ist unsere eigene Sache. Und wenn sich auch die Herren Sozialdemokraten an dieser sogenannten Krise sehr ergötzt zu haben scheinen, so ist ihnen doch eines nicht gelungen, nämlich ihr Hauptbestreben, unsere beiden führenden Männer zu Fall zu bringen. Das ist trotz der wütenden Artikel des Grazer „Arbeiterwille“ nicht gelungen. Nur noch eines. Wer uns angreifen will, mag uns ruhig angreifen, unsere Front ist geschlossen: denn je, wer gegen sie anrennen will,

der soll anrennen, wir sind zum Empfange bereit, uns wird er bestimmt nicht zu Falle bringen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident Dr. Danzine: Hohes Haus! Über die Anschlußwilligkeit meiner Partei brauche ich wohl keine Worte mehr zu verlieren und ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Pongraz nur bemerken, daß unsere Anschlußfreudigkeit auch nicht abhängig ist, von der Staatsform, die draußen in Deutschland ist, mag diese Staatsform nun die oder jene sein.

Wir haben es heute mit dem Antrag auf Aufhebung des früheren Landtagsbeschlusses zu tun, der von der stärksten Partei dieses Hauses ausgeht, die bisher immer für den Antrag auf Anschluß an Deutschland gestimmt hat. Dieser neue Antrag ist vom Herrn Landesrate Prisching begründet worden mit dem „glücklichen Zufall“, der der christlichsozialen Partei die Äußerung des Grafen Torretta zur Kenntnis gebracht hat und von Seite des Herrn Abgeordneten Seehofer mit der Änderung der Stimmung der Bevölkerung in der Anschlußfrage. Nun, über diesen glücklichen Zufall ist schon von anderer Seite gesprochen worden. Wir haben gehört von der burgenländischen Abordnung, wir haben gehört die vielen Gerüchte über die drohende jugoslawische Besetzung, über das Telegramm des deutschen Reichskanzlers Wirth an den Bundeskanzler Mayr, das eine so beschämende Aufklärung gefunden hat. Ich erinnere daran, daß, als Herr Bundeskanzler Mayr mit uns beraten hat, er auf meinen Vorhalt hin, man könne doch nur vor unmittelbaren und förmlichen diplomatischen Erklärungen, die direkt von ausländischen Vertretern gegeben werden, und nicht vor Zeitungsnotizen zurückweichen, geantwortet hat, wenn er solche amtliche Erklärungen haben wolle, dann könne er sie jeden Tag haben. Dadurch ist doch zugegeben worden, daß man so etwas einfach bestellen kann. Wenn nun auf die Stimmung der Bevölkerung zurückgegriffen wird, so ist es doch Sache der betreffenden Partei, auf die Bevölkerung in einer so wichtigen Frage aufklärend einzuwirken, und ich muß sagen, daß es gerade der christlichsozialen Partei ein Leichtes gewesen wäre, ein Bekenntnis für das beizubringen, was sie selbst für richtig empfindet. Wenn wir aber hören, daß in Untersteiermark von der Kanzel gegen den Anschluß und gegen die Abstimmung gesprochen wird (Oho-Rufe von den Christlichsozialen), wenn wir hören, daß von solcher Seite Ziffelder verkauft werden, dann ist es ganz begreiflich, daß die Stimmung in der Bevölkerung für die Abstimmung nicht nur beseitigt, sondern, daß sogar eine Gegnerschaft hervorgerufen wird.

Es ist meines Erachtens nicht richtig, was von Seite des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Pongraß gegen die länderweise Abstimmung vorgebracht wurde. Auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß eine länderweise Abstimmung weniger wichtig und vorteilhaft ist als eine Abstimmung im Bunde. Im Bunde aber ist die Befristung der Abstimmung mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt worden und damit ist dieses Gesetz eigentlich nichts anderes als ein Blatt Papier ohne jede wie immer geartete Bedeutung.

Nun, das sind die Gründe, die uns heute von den Rednern der christlichsozialen Partei vorgebracht wurden über den Stimmungswechsel in der christlichsozialen Partei und es wird sich niemand außerhalb der christlichsozialen Partei wenigstens zu dem Glauben verstehen können, daß diese Sachen jetzt anders geworden sind, als am 7. April und am 31. Mai. Es wäre, glaube ich, richtiger gewesen und man wäre einigermaßen den Tatsachen näher gekommen, wenn es in der Begründung geheißen hätte: „So verlangt es unsere Reichsparteileitung und der haben wir nachzukommen wegen des Klubzwanges.“ Es mag ja die subjektive Überzeugung meines Herrn Vorredners sein, wenn er von der unbedingten Geschlossenheit seiner Partei spricht. Der Außenstehende wird sich aber daran zu halten haben, daß das eigene Parteiorgan von zwei Gruppen gesprochen hat, die sich in der Partei gegenüberstehen; und ich weiß nicht, ob die christlichsoziale Partei recht daran tut, auf dieses Moment einen besonderen Wert zu legen. Wie sollen wir es verstehen und die Haltung derjenigen unter ihnen einsehen, welche sich mit so viel Entschiedenheit für die Abstimmung eingesetzt und sich nun doch der Parteiparole gefügt haben. Ich will doch annehmen und nicht daran zweifeln, daß es diesen Herren ernst mit ihrer Überzeugung war. Aber, wenn ich das annehme, dann ist doch daran zu zweifeln, und es kann kaum sein, daß die innere Geschlossenheit in der Partei vorhanden ist. (Beifall bei den Großdeutschen.)

Und dann ist ja bei der ganzen Sache zu Tage getreten, daß in der christlichsozialen Partei Spannungen bestehen, die sehr entgegengesetzte Pole mit einander noch in Beziehung setzen, bei denen es aber unklar ist, wie lange sie noch dem Drucke, der hier besteht, standzuhalten vermögen. Denn, daß in derselben Partei so verschiedene Auffassungen nebeneinander leben können, ist kaum klar zu machen, und wenn wir jede dieser Überzeugungen für echt ansehen, ist es schwer, an eine innere Geschlossenheit der Partei zu glauben. Das sind, werden Sie sagen, interne Angelegenheiten

Ihrer Partei, die niemandem etwas angehen. Was uns aber alle angeht, ist die Rolle, zu der unser steiermärkischer Landtag durch diese Verhältnisse gekommen ist. (Rufe: „Sehr richtig!“) Wir sind, es ist traurig das sagen zu müssen, wir sind in dieser Sache zum Gespötte der Welt geworden. Wir haben am 7. April einstimmig den Beschluß gefaßt, abzustimmen, wir sind dann am 24. Mai unter dem Zeichen der beabsichtigten Abänderung dieses Beschlusses zusammengekommen und haben da zwei Tage lang in Konventikeln geschwitzt und sind zu keinem Ergebnisse gekommen. Zur großen Enttäuschung der ganzen Bevölkerung wurde der Landtag auf den 31. Mai vertagt und am 31. Mai haben wir abermals diesen Beschluß wiederholt, nun aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die wegen des inzwischen erlassenen Bundesgesetzes einen ablehnenden Standpunkt eingenommen haben. Und so ist der 29. Mai, der ursprüngliche Abstimmungstermin, nicht eingehalten worden und man hat den 3. Juli als Abstimmungstag festgesetzt. Inzwischen kam wieder alles mögliche und heute kommen die Christlichsozialen mit einem Antrage auf Abänderung dieses Beschlusses, der wahrscheinlich eine gesicherte Mehrheit hat. Das ist eine Bloßstellung des steiermärkischen Landtages, die für uns alle auf das tiefste beschämend ist. Man kann, hohes Haus, über die Abstimmung gewiß verschiedene Meinungen haben, es lassen sich Gründe dafür und dagegen anführen, aber man macht sich lächerlich vor der ganzen Welt, wenn man heute so, morgen anders übermorgen wieder so und dann wieder anders sagt, so daß man zum Schlusse überhaupt nicht weiß, wann wird das grausame Spiel sein Ende finden, und das ist eine arge Bloßstellung des steiermärkischen Landtages.

Ich muß dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß widersprechen, wenn er sagt, daß das eine Bloßstellung unserer Partei sei, und daß wir an der Bloßstellung mitschuldig seien. Wäre die christlichsoziale Partei bei ihrem ursprünglichen Standpunkte verblieben, hätte sie ihren heutigen Antrag unterlassen, hätte sie ihren ganzen Parteiapparat in den Dienst der Abstimmung gestellt, könnte man nicht von einer Blamage reden. Diese wäre dann nicht eingetreten.

Uns kann man nicht den Vorwurf machen, daß wir an der Abstimmungsfrage lediglich unser Parteiäppchen hätten kochen wollen, wir haben ja von Anfang an auf ein Zusammenarbeiten aller Parteien in dieser Frage das größte Gewicht gelegt und haben die Ansicht gehabt, daß die Sache nur dann Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn sie von allen Parteien im

Hause getragen ist. Die Blamage hat also der Landtag ausschließlich der christlichsozialen Partei zu verdanken, die ja auch als führende größte Partei naturgemäß in erster Linie die Verantwortung dafür trägt und, ich muß sagen ganz persönlich gesprochen, bedauere ich es, daß die zwei führenden Köpfe der christlichsozialen Partei im Landtage ihr politisches Ansehen zum großen Teil auf das Spiel gesetzt haben, nachdem sie naturgemäß als erste Personen der Landesvertretung und als maßgebende Köpfe der führenden Partei derselben die Sache mit ihrem Namen decken müssen, mag sie nun so oder so, mag es ihnen recht oder nicht recht sein. Das ist das Ergebnis der Sache. Nicht von unserer Seite ist ein Verschulden vorhanden, sondern lediglich und ausschließlich das fortwährende Schwanken der christlichsozialen Partei ist es, was uns heute vor diese Lage gestellt hat. Es kann gesagt werden, was da will und möge es dem einzelnen recht oder nicht recht gewesen sein, mögen es die einzelnen durchschaut oder nicht durchschaut haben, faktisch hat sich die christlichsoziale Partei, ob mit Wissen, oder unwissentlich, ob mit Willen oder gegen ihren Willen, doch zum Werkzeuge der legitimistischen und karlistischen Pläne gemacht und es wird uns in aller Zukunft schwer werden, an einen wahren Anschlußwillen derjenigen Partei zu glauben, die in der Abstimmungsfrage so wiederholt und unvermittelt ihre Anschauung geändert hat. (Beifall bei den Großdeutschen und Bauernbündlern.)

Landesrat Machold: Hoher Landtag! Mein Kollege Pongraz hat schon den Standpunkt unserer Partei kurz präzisiert. Aus seinen Ausführungen geht zweifellos hervor, daß, wenn es zu einer Blamage des Landtages gekommen ist, wir an dieser Blamage absolut keinen Teil tragen. Unsere Haltung war von vornherein offen, aufrichtig, präzise und klar. Wir haben bei der ersten Abstimmung dafür gestimmt, daß eine Volksbefragung durchgeführt werden soll; es wurde mit Recht darauf verwiesen, daß diese Abstimmung einheitlich vorgenommen werden soll. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse sehr geändert; der Nationalrat, der sich bis dahin mit dieser Frage nicht beschäftigt hatte, hat sich nunmehr mit der Frage befaßt und hat ein eigenes Gesetz geschaffen über die Volksbefragung im allgemeinen und über die Volksbefragung hinsichtlich des Anschlusses an Deutschland im besonderen. Aus diesem Gesetze geht klar und deutlich hervor, daß es nicht Sache der einzelnen Länder, sondern Sache des Bundes ist, diese Abstimmung durchzuführen. Wenn hier von einer Partei oder von Vertretern der Parteien erklärt wird, daß dieses Gesetz, das im National-

rate geschaffen worden ist, ein unglückliches Gesetz ist, dann mögen sie sich an ihre eigenen Vertreter im Nationalrate wenden, die am Zustandekommen dieses Gesetzes auch beteiligt waren. Ich möchte darauf verweisen, daß wir dann nach Durchführung dieses Gesetzes im Nationalrate unsere Haltung selbstverständlich geändert haben, wir haben erklärt, wir werden das machen, was im Nationalrate beschlossen wurde.

Wir haben unsere Haltung hier im Hause in offener Erklärung zum Ausdruck gebracht, wir haben gesagt, wir sind dagegen, daß die Abstimmung am 3. Juli stattfindet, wir werden die ganze Verantwortung, die sich eventuell aus dieser Abstimmung ergibt, denjenigen Parteien überlassen müssen, die für die Abstimmung sind; wenn aber die Abstimmung trotzdem durchgeführt wird, dann werden wir uns an derselben beteiligen. Diese Haltung war korrekt, vollständig klar und einwandfrei und deckt sich mit unserer Haltung im Nationalrate. Das wollte ich nur kurz gesagt haben, um die Ausführungen meines Kollegen Pongraz einigermaßen zu ergänzen, beziehungsweise sie aufzufrischen, weil durch die inzwischen abgeführte lebhafteste Debatte einiges davon verschwommen sein dürfte.

Zur Debatte selbst möchte ich vor allem den unlösbaren Kontrast zwischen den Ausführungen der Abgeordneten Prisching und Seehofer feststellen. Während der Herr Landesrat Prisching als alleinige Ursache der Änderung in der Haltung seiner Partei die Äußerung des italienischen Gesandten angesehen hat, erklärt der Herr Abgeordnete Seehofer, daß diese keine Rolle gespielt habe, sondern daß andere Gründe vorhanden gewesen seien; man hätte den italienischen Gesandten nicht gebraucht, die Stimmung in der Bevölkerung sei entscheidend gewesen. Ich möchte das nur aufzeigen, ohne weitere Worte der Kritik daran zu knüpfen. Ich glaube diese Differenzen können dann die Herren in ihren Parteiklubs ausmachen. Ich möchte das nur deshalb ausgesprochen haben, weil beide Begründungen unzutreffend sind. Ich habe nämlich den Eindruck, daß in der ganzen Abstimmungsfrage von den Christlichsozialen von vornherein nicht mit richtigen Karten gespielt wurde. Wir haben von vornherein das Empfinden gehabt, daß die christlichsoziale Partei überhaupt nicht daran gedacht hat, daß es zur Abstimmung kommen wird. Und wenn der Herr Landesrat Hübler erklärt hat, daß jeder Mensch, der damals bei der ersten Abstimmung im Landtage war, der Auffassung gewesen ist, es wird abgestimmt, so muß ich mir die Bemerkung erlauben, daß ich diese, seine Auffassung für etwas kurzichtig finde. Die Tatsachen haben das Gegenteil bewiesen

und wir sehen, daß die größte Partei, die hier im Hause vertreten ist, überhaupt mit der Abstimmung nicht gerechnet hat. Es ist richtig, daß die christlich-soziale Partei eine mehr als unklare Haltung eingenommen hat, eine Haltung, die sich schließlich an ihr selbst rächen mußte. Alle diese Erwägungen, die maßgebend sind für den Umfall der christlich-sozialen Partei, lagen damals schon vor: die Jugoslawen werden einmarschieren, von Deutschland wird gewarnt, daß eventuell schwere wirtschaftliche Bedrängnisse eintreten können usw. Trotzdem hat man alle diese durch den Mund des christlich-sozialen Staatskanzlers betonten Wahrnehmungen sehr leicht genommen und hat aus anderen Motiven, die sich der Beurteilung durch die breite Öffentlichkeit entziehen, dafür gestimmt, aber schon damals wahrscheinlich in der Annahme, daß die Abstimmung durch irgendwelche außenstehende Faktoren, auf die man dann die Schuld wälzen kann, verhindert wird. Das war eigentlich die Haltung der christlich-sozialen Partei bei der ersten Abstimmung für den 3. Juli, diese war also überhaupt nicht ernst.

Nun wurde im Verlaufe der Debatte auch unsere Haltung einer Kritik unterzogen. Was der Herr Abgeordnete Schreckenthal darüber gesagt hat, darüber kann man ruhig zur Tagesordnung übergehen. Der Herr Abgeordnete Schreckenthal hat unsere Haltung weniger kritisiert, sondern er hat nur im Zusammenhang mit einigen deutschen Vereinen unsere nationale Gesinnung angezweifelt. Diese Argumentation aber muß ich für unsichrhaltig halten. Das Nationalbewußtsein dokumentiert sich nicht darin, daß man in einzelne nationale Vereine sich vereinigt und andere bekämpft und beschimpft. Unter nationaler Betätigung verstehen wir etwas anderes und infolgedessen glaube ich, daß diese Argumente des Herrn Abgeordneten Schreckenthal sich von selbst richten und es nicht notwendig ist, darauf weiter einzugehen. Andererseits aber möchte ich auf die Haltung der großdeutschen Partei etwas näher eingehen. Es gewinnt nämlich den Anschein, als ob die großdeutsche Partei die alleinige ist, die felsenfest vom Anfange an der Überzeugung war, daß es zur Abstimmung kommt, und die bis zum letzten Moment allein ehrlich dafür eingetreten ist. Wenn der Herr Landesrat Hübler den „Arbeiterwille“ als Kronzeugen angerufen hat für diese Verdächtigung der sozialdemokratischen Partei, so möchte ich nur fragen, warum er die großdeutsche „Tagespost“ übersehen hat, warum er vergessen hat anzuführen, daß die „Tagespost“ von vorneherein gegen die Abstimmung geschrieben hat; die „Tagespost“, die doch die Politik in der großdeutschen Partei

macht? Denn nicht das „Tagblatt“ macht die Politik, sondern gelesen wird die „Tagespost“. Da ist es gut, wenn man das auch festhält und sich nicht um diese Tatsache herumdrückt. Das Ergebnis der Abstimmung auch bei der großdeutschen Partei hängt wesentlich mit der „Tagespost“ zusammen und es war von Anfang an festzustellen, daß die Abstimmung bei den Bürgerlichen, bei den großdeutschen Kreisen auch nicht gar so glänzend sein würde. Es wäre gut und es muß geschehen, daß auch auf dieses Moment hingewiesen wird. Schon diese Anzeichen haben mit Sicherheit darauf schließen lassen, daß die Frage der Abstimmung, der Anschlußabstimmung in ein Stadium getreten ist, daß für vorausschauende Politiker die Fragen so standen, daß die Abstimmung nicht durchgeführt wird werden können. Einen großen Teil der Schuld — da können die Großdeutschen noch so anderer Auffassung sein — werden sie wohl auf ihr eigenes Konto schreiben müssen. Und die Ausführungen des Herrn Professors Dr. Hübler haben sich auch als ein Schuldbekenntnis dargestellt, weil er ein weiteres wichtiges Moment, wahrscheinlich mit Absicht, ausgelassen hat. Er hat gegen die christlich-soziale Partei, die hier im Landtage sitzt, die schärfsten Töne angeschlagen, daß die Großdeutschen ihr nicht mehr vertrauen, er hat aber nicht erwähnt, daß der Umfall der Christlich-Sozialen auf ein Kompromiß der Christlich-Sozialen mit den Großdeutschen in Wien zurückzuführen ist. Das hat Herr Kollege Dr. Hübler nicht gesagt, daß die Großdeutschen in Wien vollständig einverstanden waren, daß die Christlich-Sozialen im Landtage umfallen. Also, wenn es nachgerade zu einer Blamage kommt, da sollen die Großdeutschen an ihre eigene Brust klopfen, weil sie durch ihre unbesonnene Haltung und ihre kurzfristige Politik diese Sache so weit getrieben haben, daß der Landtag in diese Lage kommen mußte.

Nun, meine Herren, es ließe sich noch manches zu den Ausführungen der Herren Vorredner sagen und insbesondere wird es, glaube ich, notwendig sein, auch darauf zu verweisen, daß Kollege Seehofner einigermaßen aus der Schule geschwätzt hat. Er hat gesagt, nur über ganz besonderes Drängen haben sich die Christlich-Sozialen bereit erklärt, dafür zu stimmen. Das muß festgehalten werden. Nicht aus Überzeugung, sondern über ganz besonderes Drängen haben sich die Christlich-Sozialen veranlaßt gesehen, dafür zu stimmen. Es mag sein, daß besondere Gründe vorhanden waren, um sich mit den Großdeutschen auf einer Plattform zu finden und um, kurz gesagt, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Es mag auch richtig sein,

daß die Frage der Heimwehren von den Großdeutschen aufgerollt wurde und daß sie gesagt haben, sie würden sich zurückziehen von den Heimwehren, wenn die Abstimmung nicht zustandekommt. Also so eine Art Erpressung scheint ja tatsächlich vorhanden gewesen zu sein. Aber immerhin hat diese Politik einen kläglichen Schiffbruch gelitten, weil sie unaufrichtig war und weil sie nur darnach angefaßt war, andere hineinfallen zu lassen. Denn nur darauf war diese Politik eingerichtet.

Herr Kollege Dr. D a n t i n e hat in seinem Schlussworte gesagt, daß wir zum Gespötte geworden sind. Nun habe ich schon darauf hingewiesen und gesagt, wenn das richtig ist, so lehnen wir dankend jede Mitschuld daraus ab. Ich möchte dabei aber nur darauf hinweisen, daß wir Schiffbruch leiden mußten deshalb, weil es nicht angeht, daß die auswärtige Politik eines Staates in den Ländern getrieben wird. Jede derartige Politik muß Schiffbruch leiden. Ich möchte Sie nur fragen, was hat denn diese Länderpolitik bisher für einen Erfolg gezeitigt in der Anschlußfrage? Wir haben doch bereits die Tiroler und Salzburger Abstimmung gehabt. Ist der Anschlußgedanke, der Anschluß wirklich um einen Schritt vorwärtsgekommen? Allerlei Gefahren und Schwierigkeiten haben Sie heraufbeschworen, aber geleistet haben sie gar nichts. Daher ist es richtig, wenn mein Herr Kollege P o n g r a z hingewiesen hat auf die Zeit, wo es richtig und notwendig gewesen wäre, den Anschluß durchzubringen. Ich bin selbst bei einer der Sitzungen gewesen, wo am nächsten Tage Ihr Landeshauptmann gekommen ist und gesagt hat, man soll doch um Gotteswillen nicht den Anschluß durchführen, wir würden verhungern. Deutschland würde einen schlechten Frieden bekommen usw. Das war Ihr Mann. Damals hätten wir den Anschluß durchführen können. Man hätte gar keine Stimmzettel gebraucht. Das wäre keine besondere mannbare Tat gewesen, einen Stimmzettel abzugeben, das trifft jeder, damit ist gar nichts gemacht. Ich will nur hoffen, daß, wenn es wirklich einmal zu einer Tat kommen sollte für den Anschluß, daß dann die Herren zu finden sind und daß sie sich nicht wieder auf diese Argumentation zurückziehen, wo sie allerhand Gefahren und Schwierigkeiten am Horizont gesehen haben, zu einer Zeit, wo man den Anschluß hätte wirklich durchführen können.

Meine Herren! Ich habe nun in kurzen Umrissen aufgezählt die Politik der Christlichsozialen, die Schiffbruch leiden mußte, weil sie unaufrichtig war. Es weiß jeder, daß die Christlichsozialen von vorneherein nicht für die Abstimmung waren, sie haben aber aus uns nicht bekannten Gründen geglaubt, eine solche Politik

machen zu müssen und haben durch ihre unaufrichtige Haltung ihre Partei in eine furchtbare Krise hineingebracht, in eine Regierungskrise. Das ist ein Beweis dafür, daß man in solchen Fragen mannbar und offen vorgehen muß. Seinerzeit hätten Sie auftreten können und hätten sagen können, nicht der italienische Gesandte, sondern die Erkenntnis, daß diese Frage, die Abstimmung, selbst den Anschluß nicht zu fördern in der Lage ist, veranlaßt uns, nicht auf die Abstimmung einzugehen. Wir haben es getan. Das war eine offene und ehrliche Politik. Die Großdeutschen sind nicht so vorgegangen. Ich gebe zu, daß Kollege Dr. H ü b l e r vielleicht geglaubt hat, daß es zur Abstimmung kommen werde. Aber es war von vorneherein klar, daß es zur Abstimmung nicht kommen kann bei der Haltung, die Ihre Partei und auch Ihre Presse eingenommen hat.

Wenn ich zum Schlusse unsere Haltung gegenüber dem Antrag des Herrn Landesrates P r i s c h i n g begründen soll, so muß ich folgendes erklären: Die bürgerlichen Parteien haben sich diese Sache eingebrocht, sie waren damit einverstanden, daß dieser Beschluß durchgeführt und daß am 3. Juli abgestimmt wird. Unsere Haltung in der Sache ist bekannt. Es zweifelt kein Mensch daran, daß wir für den Anschluß sind. Deshalb können wir auch ganz ruhig die Verantwortung für die Aufhebung oder Nichtaufhebung dieses Beschlusses den bürgerlichen Parteien überlassen. Sie haben dafür gestimmt, daß am 3. Juli die Abstimmung durchgeführt werde und belieben Sie nun, zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie auch heute mit Ihren Stimmen die Änderung des Antrages herbeiführen sollen. Wir glauben allerdings, daß es zu diesen vom Herrn Kollegen Dr. H ü b l e r angekündigten Kämpfen mit den Christlichsozialen nicht kommen wird. Schon die Haltung in der heutigen Sitzung ist mir ein Beweis dafür, denn diese so kampfbereite Partei hat fluchtartig den Saal verlassen, um nicht gegen die Kandidatur der Herren Dr. R i n k e l e n und Dr. A h r e r stimmen zu müssen. Wenn man aus diesem kleinen Beispiel schließen soll auf die Zukunft, so kann man beruhigt sein, dieser Kampf, der da angekündigt worden ist, wird sich nicht gar so grauslich anlassen, sondern wird ganz ruhig und glimpflich vorübergehen und das kann uns schließlich und endlich gleichgültig bleiben. Um nun auf den Antrag zurückzukommen, so bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir keinerlei Verpflichtung in uns fühlen, die bürgerlichen Parteien herauszureißen. Beschließen Sie, was Sie wollen, heben Sie die Abstimmung auf oder nicht, Sie tragen

für alles, was Sie beschließen, ganz allein die Verantwortung.

Landesrat Dr. Hübler: Ich will keine lange Wechselrede mehr über dieses Thema hervortufen, ich will nur ganz kurz einige Behauptungen des Herrn Kollegen Machold richtigstellen. Ich möchte feststellen, daß es keinen Teil der großdeutschen Volkspartei gibt, der nicht voll und ganz hinter der steirischen Volksabstimmung stünde. Wenn Herr Landesrat Machold als Kronzeugen die „Tagespost“ zitiert, von der ich feststelle, daß sie sonst vom „Arbeiterwille“ so heftig bekämpft wird, so muß ich erklären, daß die „Grazener Tagespost“ keinerlei Einfluß auf unsere politische Haltung hat und daß auch sie sich ihre politische Haltung von uns in keiner Weise vorschreiben läßt. Es ist auch ganz unrichtig, daß die Wiener Reichsparteileitung die steirische Volksabstimmung nicht wollte, dies ist bereits durch unsere Presse hinlänglich widerlegt worden.

Hohes Haus! Es ist gesagt worden, wir hätten eine Mitschuld zu tragen, weil wir eine kurzsichtige Politik getrieben haben, da das Zustandekommen der Volksabstimmung schon von vornherein ganz aussichtslos war. Das können wir leicht widerlegen: Daß, was in Tirol und Salzburg möglich war, das wäre auch in Steiermark möglich gewesen, wo ganz die gleichen Bedingungen waren, nur hat in Tirol und Salzburg die christlichsoziale und sozialdemokratische Partei eine andere Haltung eingenommen als in Steiermark (Rufe: „Sehr richtig!“) und deshalb wurde dort abgestimmt und hier wird nicht abgestimmt. Das Beispiel von Tirol und Salzburg widerlegt am besten die Worte Ihrer Redner. (Beifall.)

Landesrat Prisching: Auf die Ausführungen der Herren Vorredner möchte ich kurz einiges erwidern. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz hat gesagt, daß die Christlichsozialen von Anfang an nicht den aufrichtigen Willen gehabt hätten, für die Abstimmung einzutreten. Dieser Behauptung muß ich ganz entschieden entgegentreten und kann diese auch leicht entkräften, indem ich für die Richtigkeit meiner Behauptung folgendes vorbringe: Wir sind von Anfang an für die Abstimmung gewesen nur solange, als wir der Überzeugung waren, als durch die Abstimmung am 3. Juli dem Lande keine nennenswerten Gefahren erwachsen. Solange die Situation so war, haben wir auch uns durch Einflüsse irgendwelcher Seite nicht abwendig machen lassen. Ich verweise da auf unseren Parteigenossen, den Bundeskanzler Dr. Mayr, der eigens deswegen nach Graz gekommen ist, um uns von der Abstimmung abzubringen. Sie werden sich er-

innern, daß nicht einmal dieser Schritt unseres Parteifreundes imstande gewesen ist, uns von der Abstimmung abzubringen. Warum? Weil wir bis dahin die Überzeugung hatten, daß die großen Gefahren, von welchen er sprach, nicht vorhanden seien. Erst dann, als die Situation sich gänzlich änderte, haben wir unsere Haltung ebenfalls ändern müssen, und ich glaube, jeder vernünftige Mann hätte das gleiche getan. Nachdem wir uns aber überzeugt hatten, daß wirklich eine ernste Gefahr droht, daß im Falle der Abstimmung die Kredite uns verweigert werden, unser finanzieller Aufbau nicht möglich, im Gegenteil der Zusammenbruch zu befürchten ist, haben wir uns gesagt, mit Rücksicht auf diese drohende Gefahr können wir bei dem gefaßten Beschlusse nicht bleiben, bei einem Beschlusse, den wir zu einer Zeit gefaßt haben, wo diese Gefahren nicht vorhanden waren. Ich glaube, damit bewiesen zu haben, daß wir von Anfang an den besten Willen hatten, die Abstimmung vorzunehmen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz hat gesagt, daß unser Zusammenschluß auf Sand gebaut gewesen sei, wir hätten also unser Versprechen nicht eingehalten. Diese Behauptung muß ich zurückweisen, denn wir sind von dem geschlossenen Pakt erst unter gänzlich geänderten Voraussetzungen abgegangen.

Herr Abgeordneter Schreckenthall hat gemeint, daß das Hereinziehen des italienischen Gesandten nicht glücklich gewesen sei. Dieses Hereinziehen mußte aber erfolgen, weil diese Erklärungen für uns der einzige Grund gewesen ist, von der Abstimmung abzusehen. (Zwischenruf: „Was sagt Seehöfer?“ — Lebhaftes Heiterkeit.) Wenn Herr Kollege Seehöfer erwähnt hat, es liegen auch andere Gründe vor, so sind das durchaus nicht ausschlaggebende Gründe. (Heiterkeit.) Ausschlaggebend war die Gefahr, die uns durch die Abstimmung drohte. Wenn Herr Landesrat Dr. Hübler meint, daß die christlichsoziale Partei umgefallen sei, so kann ich darauf nur antworten, daß eigentlich seine eigene Partei umgefallen ist. Es ist von den Großdeutschen, wenigstens von Wien, niemals ein Wort gesprochen oder geschrieben worden gegen die Abstimmung am 3. Juli. (Landesrat Dr. Hübler: „Auch heute nicht!“) Aber am Parteitag, der kürzlich in Wien stattgefunden hat. (Landesrat Hübler: „Der ist erst am 26.!“) Er hat doch Montag schon stattgefunden! (Landesrat Hübler: „Nein!“) Man kennt sich bei Ihrer Partei nie aus. (Heiterkeit.) In den Zeitungen ist der als Reichsparteitag angekündigt worden, und da wurde ausgesprochen, daß die Abstimmung solange verschoben werden solle, bis die Frage

des Kredits erledigt ist, das ist bis längstens Herbst. (Landesrat Dr. Hübler: „Mit Ausnahme der steirischen!“) Das ist nicht darinnen gestanden. (Landesrat Dr. Hübler: „Lesen Sie doch die Zeitungen!“) Das stand in Ihrer Presse (Landesrat Dr. Hübler: „In der Ihrigen!“), und deshalb erkläre ich, daß Ihre Partei umgefallen ist. (Landesrat Dr. Hübler: „Das ist eine unrichtige Behauptung, ein totaler Unsinn!“) Das ist kein Unsinn, sondern eine Tatsache und ist in Ihrer Presse gestanden. (Abgeordneter Leichner: „Warum ist Dr. Waber Minister geworden?“) Vielleicht erfahren Sie das bei der großdeutschen Volkspartei. Herr Landesrat Dr. Hübler hat auch davon gesprochen, daß die Äußerung des italienischen Gesandten Torelta nicht so ernst zu nehmen sei, denn diese sei nur auf Veranlassung dieses oder jenes Herrn zustande gekommen. Ich erkläre, daß unsere Delegierten, als sie in Wien von dieser Äußerung des italienischen Gesandten gehört haben, zuerst auch Zweifel hegten. Wir sind eben gewißigt worden durch das Telegramm des Kanzlers Dr. Wirth aus Berlin, denn wir kamen darauf, daß die Drohungen mit den Jugoslawen nicht ernst zu nehmen sind. Als wir nun die Mitteilungen des italienischen Gesandten hörten, hegten wir Zweifel, wir gedachten eben des Vorfalles Dr. Wirth. Aus diesem Grunde schickten wir maßgebende Herren unserer Partei zum italienischen Gesandten, um denselben offiziell zu fragen, ob die Äußerung, die im Blatte stand, seine Worte seien, und ob er dafür eintrete. Der italienische Gesandte hat nun in aller Form erklärt, daß dies seine Worte seien und er dafür eintrete. Hohes Haus! Wenn ein Gesandter eine solche bestimmte Erklärung abgibt, muß man doch etwas darauf geben. Ein Telegramm, das von irgendwo kommt und dessen Herkunft man nicht so genau kontrollieren kann, hat doch nicht den gleichen Wert wie eine offizielle Äußerung eines Gesandten einer fremden Macht. Nachdem wir nun diese Äußerung gehört hatten, konnten wir nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß wirklich eine große Gefahr für das Land besteht, daß Kredithilfe und Wiederaufbau in Frage gestellt sind, daher der finanzielle Zusammenbruch mit Grund zu befürchten ist. Darum konnten wir die Abstimmung nicht mehr verantworten.

Hohes Landtag! Wenn die Herren heute noch der Überzeugung sind, daß eine Abstimmung für das Land Steiermark keine Gefahr bedeutet und insbesondere nicht für die Kredithilfe, dann erkläre ich, läßt sich über die Frage der Abstimmung immer noch reden, aber ich muß eine dezidierte Erklärung haben. (Heiterkeit.) Geben Sie diese Erklärung, sagen Sie: „Wir

übernehmen die Verantwortung für die Abstimmung!“ Diese Erklärung wollen und können Sie aber nicht geben, daher ist unsere Stellungnahme gerechtfertigt. Wenn seitens des Herrn Landesrates Machold von der unklaren Haltung der christlichsozialen Partei gesprochen wird, so verarge ich ihm diese Worte nicht, weil wir tatsächlich eine Veränderung in unserer Stellung vorgenommen haben. Wir haben zuerst eine andere Haltung eingenommen, weil die Voraussetzungen auch ganz andere waren; als sich aber dann diese gründlich geändert haben, eine ganz neue Situation sich ergab, mußten wir auch unsere Haltung dementsprechend revidieren. Unsere Haltung war demnach keine unklare, sondern eine durch die Verhältnisse gegebene. Wenn Herr Landesrat Machold sagte, er sei nicht überzeugt davon, daß wir im Herzen für die Abstimmung gewesen wären, so muß ich mich gegen diese Äußerung verwahren. Ich verweise darauf, daß wir uns nicht einmal durch unseren eigenen Parteigenossen Dr. Mayr abhalten ließen, die Abstimmung durchzuführen, solange wir keine Gefahr darin erblickten. Wenn Herr Abgeordneter Dr. Dantine behauptet, daß von der Kanzel herab gegen den Anschluß gepredigt worden sei, so möchte ich schon bitten, konkrete Fälle vorzubringen, da mir solche nicht bekannt sind.

Damit, glaube ich, ist unsere Haltung vollständig begründet. Wir haben bestimmte Nachrichten, daß übrigens nicht einmal alle Mitglieder der großdeutschen Partei ganz der gleichen Meinung sind, daß also auch in dieser Partei verschiedene Auffassungen möglich sind. Wenn ich daher gegen den Herrn Landesrat Dr. Hübler gesprochen habe, so ist das eigentlich mehr gegen die Politik des Herrn Landesrates Dr. Hübler, als gegen die großdeutsche Politik gesprochen gewesen. Ich konstatiere noch einmal, daß wir sichere Nachrichten haben, daß auch innerhalb der großdeutschen Partei die Auffassung über die Abstimmung sehr geteilt und keineswegs eine einmütige ist. Es darf daher uns, der christlichsozialen Partei, kein Vorwurf gemacht werden, wenn in unserer Partei bei einem Teile, und zwar bei einem ganz kleinen Teile der Parteianhänger verschiedene Meinungen vorhanden sind.

Damit komme ich zum Schlusse und erkläre noch einmal, daß wir nach wie vor am Anschlußgedanken festhalten, daß wir aber, um den drohenden Gefahren zu begegnen, aus Liebe und Sorge für unser Vaterland gegen die Abstimmung am 3. Juli und für die Reassumierung des seinerzeitigen Beschlusses sind.

Präsident **Kölbl**: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung. Zur Abstimmung hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abgeordnete **Hartleb**. Ich erteile ihm dasselbe.

Abgeordneter **Hartleb**: Hohes Haus! Ich möchte Gelegenheit geben, daß die Namen der Abgeordneten, die für den heutigen Antrag stimmen, der gegen den zweimaligen Beschluß, der hier gefaßt werden soll, im stenographischen Protokoll festgehalten werden, ferner, daß festgelegt werde, welche Abgeordneten sich entfernt haben. Ich stelle daher den Antrag auf namentliche Abstimmung. (Landesrat **Maehold**: „Wir entfernen uns alle!“ — Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.)

Abgeordneter **Seehofer**: Ich ersuche, den Antrag **Hartleb** abzulehnen aus dem einfachen Grunde, weil sich, und das können die Herren sofort bemerken, die Herren der sozialdemokratischen Fraktion hinausbegeben und sämtliche anwesenden Christlichsozialen, und davon kann sich Herr Abgeordneter **Hartleb** ebenfalls überzeugen, für den Antrag stimmen werden.

Präsident **Kölbl**: Ich sehe mich trotzdem veranlaßt, dem Verlangen des Herrn Abgeordneten **Hartleb** Folge zu geben und die namentliche Abstimmung vorzunehmen. Ich ersuche Herrn Schriftführer **Riemelmoser**, die Herren Abgeordneten aufzurufen und

jenen Abgeordneten, die für den Antrag sind, mit „Ja“, welche gegen den Antrag sind, mit „Nein“ zu stimmen.

(Über Namensaufruf stimmen mit „Ja“ die Abgeordneten: Dr. Enge, Fink, Gaich, Gaf, Hierhold, Huber, Jaklitsch, Dr. Kammerer, Kaspar, Kaufmann, Kölbl, Krenn, Lang, Mikola, Möstl, Paul, Peintinger, Prisching, Rieger, Riegler, Riemelmoser, Riemer, Saloschnigg, Schisko, Seehofer, Spak, Steinberger, Zenz und Zingl, mit „Nein“ die Abgeordneten: Dr. Dantine, Dr. Dungen, Enserer, Ferner, Gartner, Hartleb, Dr. Hübler, Dr. Klusmann, Kobald, Lichtenegger, Rieckh, Schreckenthal, Walter, Winkler und Wihany.)

Präsident **Kölbl**: Es haben für die Reassumierung dieses Landtagsbeschlusses vom 31. Mai 29 Abgeordnete und gegen die Reassumierung 15 Abgeordnete gestimmt. Der Antrag auf Reassumierung erscheint daher angenommen.

Die Sitzung ist geschlossen. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung um 7 Uhr 20 Minuten abends.)